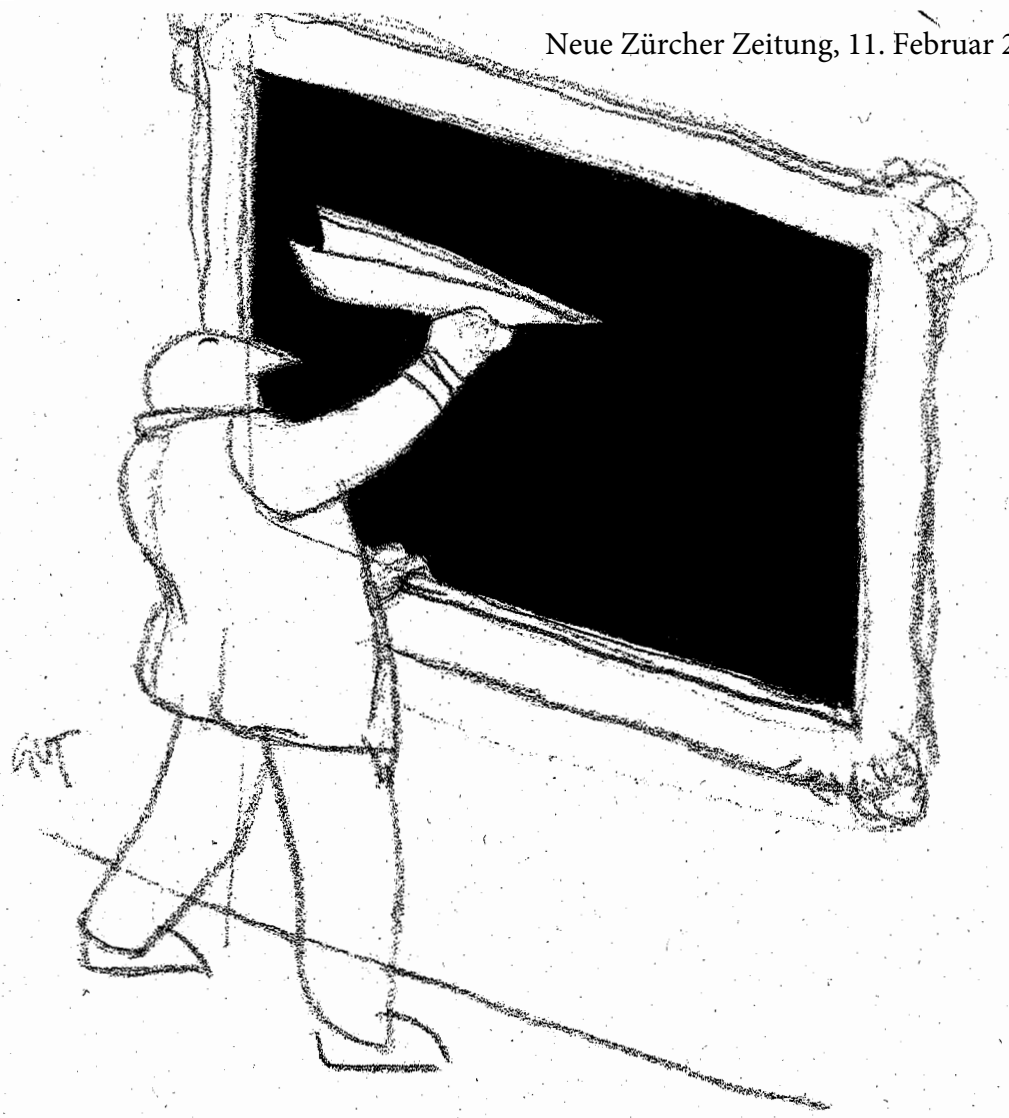


Europapolitik: Der Status quo ist keine Option

Der Rahmenvertrag mit der EU sichert der Schweiz jene wirtschaftliche Stärke, die ein Kleinstaat braucht, um sich Souveränität zwischen den grossen Blöcken überhaupt noch leisten zu können. Gastkommentar von Kaspar Villiger



Man kann die besondere politische Kultur der Schweiz als einen permanenten Balanceakt zwischen zwei gegensätzlichen Prinzipien auffassen, dem freiheitlichen und dem genossenschaftlichen Prinzip. Seit je musste unser an Bodenschätzen und nutzbarer Landwirtschaftsfläche karges Land mit marktfähigen Exportprodukten das eintauschen, was es nicht selber hatte.

Das brauchte freie Unternehmer und freien Zugang zu fremden Märkten. Weil die Gemeinwesen ihr Haus selbstverantwortlich in Ordnung halten wollten, verteidigte man auch deren Freiheiten. Alles das, Marktwirtschaft, Selbstverantwortung, freies Unternehmertum, massvolle Steuerbelastung, hinreichende und nicht maximale Regulierung, Selbstbehauptung, ist Ausfluss des freiheitlichen Prinzips.

Das genossenschaftliche Prinzip hingegen prägt die politischen Institutionen und Verhaltensweisen. Wahrscheinlich hat es seine Wurzeln schon in der Gründungszeit der Eidgenossenschaft, als die Bauern der Innerschweizer Talschaften beim Übergang von der Subsistenzwirtschaft zur arbeitsteiligen Viehzucht plötzlich gemeinschaftliche Aufgaben bewältigen mussten. Diese wurden auf Bürger verteilt, und Entscheidungsorgan war die Versammlung der wehrfähigen Männer der Talgenossenschaft.

Daraus erwuchs unsere politische Kultur, die sich grundlegend von derjenigen im europäischen Umfeld unterscheidet, nämlich der Verzicht auf die Delegation der öffentlichen Sache an eine erleuchtete politische Klasse und die Befassung aller mit der Besorgung der Geschäfte des Gemeinwesens.

Es ist, wie Gottfried Keller sagte, der Bürger, der vor die Haustür tritt und zum Rechten schaut. Um diese genossenschaftliche Grundidee gruppieren sich alle Institutionen und kulturellen Prägungen: die Kompromisskultur, die Milizkultur, die Konkordanz, die direkte Demokratie, das Zweikammersystem, das Ständemehr, die Achtung von Minderheiten und kollegiale statt hierarchische Regierungen. Dieses überaus komplizierte und verstellte System wirkt integrierend, setzt Anreize zur Kooperation und wirkt vertrauensbildend. Seine Erfolgsfaktoren können mittels verhaltensökonomischer Erkenntnisse erklärt werden.

Reformstau

Es wird häufig behauptet, unser kompliziertes System sei dem Wandel der modernen Zeit nicht mehr gewachsen. Wenn dem grundsätzlich so wäre, stünde die Schweiz wohl nicht so viel besser da als die meisten anderen Länder. Auf dieser Welt bleibt aber nichts, auch nicht das, was funktioniert, von Angriffen zersetzender Kräfte verschont. So hat man denn auch den Eindruck, unsere beiden staatsbildenden Prinzipien, das freiheitliche und das genossenschaftliche, seien einer Erosion unterworfen. Wir betreiben unsere Konkordanzdemokratie zunehmend wie ein Konkurrenzsystem, was mit der direkten Demokratie grundsätzlich unvereinbar ist. Wahlerfolge werden wichtiger als Problemlösungen, Polarisierung und Beharren auf Extrempositionen bedrohen Kompromisse, persönliche Beschimpfung ersetzt Sachauseinandersetzung, und der politische Gegner wird zum Feind, dem man üble und für Land und Volk schädliche Absichten unterschiebt.

Damit gehört die systematische Schaffung von Misstrauen zum Geschäftsmodell vor allem der Pol-

Im Unterschied zu heute müssten Sanktionen verhältnismässig sein, überprüfbar durch ein unabhängiges Schiedsgericht. Das ist ein Fortschritt, kein Rückschritt.

parteien. Das alles ist Gift für unseren Erfolg. Wir stellen fest, dass sich in wichtigen Fragen ein Reformstau abzeichnet, dessen Folgen wahrscheinlich massiv unterschätzt werden. Ich will drei konkrete Beispiele erwähnen. Die Balance zwischen den Prinzipien gerät erstens zulasten der Freiheit aus dem Gleichgewicht. Offenbar glauben grosse Teile unserer politischen Elite, unser Wohlstand sei gottgegeben und unsere Wirtschaft, die in unserem Land im Mittel hervorragende Arbeit leistet, verkraftet auf Dauer problemlos alle neuen Auflagen, die ihr die Politik bald Tag für Tag aufhals. Gleichzeitig hat man den Eindruck, ganze Heerscharen von Politikern und öffentlichen Bediensteten dächten den ganzen Tag nur darüber nach, wo und wie man uns Bürgern auch noch vorschreiben könnte, wie wir zu leben haben. Das alles wird Verkrustungen fördern, die kaum mehr aufzubrechen sind, wenn wir sie handfest zu spüren beginnen.

Das zweite Beispiel ist das bisherige Scheitern der Lösung des vielleicht bald drängendsten Problems, der nachhaltigen Sicherung der Altersvorsorge. Obwohl man die objektiven Fakten seit Jahrzehnten kennt, zeichnet sich keine Lösung ab, weil vor allem die Linke diese Fakten schlicht leugnet. Das ist verantwortungslos.

Polemik um Rahmenvertrag

Ich habe mir nach meinem Rücktritt aus dem Bundesrat vorgenommen, mich möglichst nicht mehr zu tagespolitischen Fragen zu äussern. Beim dritten Punkt mache ich bewusst eine Ausnahme. Ich tue dies, weil ich äusserst besorgt bin. Es geht um die bilateralen Verträge, also um die Sicherung des diskriminierungsfreien Zugangs zum bei weitem wichtigsten Exportmarkt, dem EU-Binnenmarkt. Er ist einer der wichtigsten Pfeiler unseres Wohlstandes. Dieser Zugang verschlechtert sich schleichend, weil wir die Regeln nicht mehr ständig à jour bringen können, und er ist für die Zukunft überhaupt gefährdet.

Unsere Diplomaten haben deshalb mit der EU den berühmten Rahmenvertrag ausgehandelt, und ich finde trotz dem Gemäkel links und rechts das Ergebnis sehr brauchbar. Ich will das mit den Stichwörtern Optionen, Souveränität, Lohnschutz und Sanktionen summarisch begründen. Wegen der Erosion des Zugangs zum Binnenmarkt ist der Status quo keine Option. Er hätte mit der Zeit gravierende Folgen für den Wohlstand. Der EWR ist hinsichtlich des Souveränitätsproblems schlechter, und der EU-Beitritt wäre wegen der Mitbestimmungsmöglichkeit zwar ein Souveränitätsgewinn, aber leider nur ein theoretischer, weil die kleinen Länder in der EU nichts zu sagen haben. Beide sind ebenfalls keine Optionen. Bleibt ein modernisierter Freihandelsvertrag, aber das wäre ein klarer Rückschritt. Fazit: Der Vertrag ist gewiss keine maximale Lösung, aber die bestmögliche.

Souveränität: Wir können den Vertrag souverän abschliessen und wieder kündigen. Er betrifft 5 von rund 140 Verträgen mit der EU sowie allfällige weitere, die wir souverän eingehen können oder auch nicht. Das zu einem umfassenden Souveränitätsverzicht aufzublasen, ist reine Polemik und nicht nachvollziehbar. **Lohnschutz:** Er betrifft etwa 0,6 Prozent unseres Arbeitsmarktes, und die noch zugelassenen Massnahmen sind – klug umgesetzt – kaum weniger

wirksam. Das zu einer Gefährdung unseres Lohnniveaus aufzublasen, ist ebenso wenig nachvollziehbar. Was hingegen die Löhne umfassend gefährden würde, wäre eine Verschlechterung des Marktzugangs mit steigender Arbeitslosigkeit.

Sanktionen: Wenn unser Volk einer Anpassung nicht folgen will, kann es das, aber es muss wie bei jedem Vertragsbruch Sanktionen gewärtigen. Aber im Unterschied zu heute müssen diese verhältnismässig sein, überprüfbar durch ein unabhängiges Schiedsgericht. Das ist ein Fortschritt, kein Rückschritt. Es kann nicht sein, dass die Sicherung der Bilateralen scheitert, weil die Linke nicht nachvollziehbare Partikularinteressen vor das Interesse an einer blühenden Wirtschaft mit Vollbeschäftigung stellt und die Rechte über eine langfristige Sicherung des Zugangs zum Binnenmarkt nicht einmal diskutieren will.

Natürlich ist der Abschluss auch dieses Vertrags nicht ohne Risiken. Es ist gut, noch einzelne Fragen nun während der laufenden Konsultation zu vertiefen. Zudem müsste es möglich sein, durch Zusatzprotokolle, Briefwechsel oder Notenaustausch gewisse Punkte auch ohne Neuverhandlungen zu klären. Aber die Risiken, die wir beim Vertrödeln oder Verwerfen dieses Abkommens eingehen, sind massiv höher, als wenn wir es abschliessen. Es sichert unserem Land jene wirtschaftliche Stärke, die ein Kleinstaat braucht, um sich Souveränität zwischen den grossen Blöcken überhaupt noch leisten zu können.

Der Bundesrat muss führen

Als einfacher Bürger erwarte ich, dass der Bundesrat in dieser Schicksalsfrage für unser Land Führungsverantwortung übernimmt. Die Glaubwürdigkeit des Bundesrates beruht darauf, dass seine Mitglieder sich zu Lösungen im Landesinteresse zusammenraufen und nicht einfach die kurzfristigen Interessen ihrer Parteien vertreten.

Die Gegner des Vertrags sind wild entschlossen und argumentenresistent. Ihnen stehen Befürworter gegenüber, die wohl im Prinzip dafür sind, sich aber in hundert Wenn und Aber verheddern. So ist der Vertrag nur schwer zu retten. Es ist deshalb wichtig, dass gewichtige Kreise nun Klartext reden. Ich hoffe, dass die Freisinnigen den Mut aufbringen, in dieser Frage das Wort Fortschritt aus ihrer Leitidee ernst zu nehmen, und für die Sicherung und Entwicklung der bilateralen Verträge einstehen.

Ich glaube nicht, dass sich unser bisher so erfolgreiches politisches System schon irreversibel in Richtung Reformunfähigkeit entwickelt. Es geht uns ja noch so gut. Aber vielleicht wiegen wir uns gerade deswegen in trügerischer Sicherheit, sind selbstzufrieden und überheblich. Gewiss ist unsere Ausgangsbasis zur Bewältigung einer unbekannteren Zukunft in einer Welt voller Risiken und Ungewissheiten noch intakt. Aber es wird einer besonderen Anstrengung der weltoffenen, freiheitlichen, fortschrittlichen und konsensfähigen Kräfte im Lande bedürfen, um der Erosion unserer Stärken Einhalt zu gebieten.

Kaspar Villiger gehörte von 1989 bis 2003 dem Schweizer Bundesrat an. Der Beitrag ist ein Auszug aus seiner Rede zum 125-Jahr-Jubiläum der FDP vom 2. Februar in Olten.